

Gewissen

30 Pfennige

Achter Jahrgang — Nummer 27

Berlin, Montag, den 5. Juli 1926

Auf zu neuen Krisen!

In seiner Beurteilung der Lehren des Volksentscheids gibt der Land und die ebenso richtige wie notwendige Parole aus: Wie jedes andere politische Ereignis mahnt der Volksentscheid, den Grundsatz zu beachten: „Nach dem Sieg bindet den Helm fester!“ Die 1 1/2 Millionen Ja-Stimmen sind eine eindringliche Mahnung zu erhöhter Aufklärungs- und Erziehungsarbeit. Wir stehen inmitten einer neuen revolutionären Welle.

Wenn im Anschluß hieran ausgeführt wird, daß der Erfolg weiterer Kämpfe bedingt sei durch eine geschlossene, nach außen und innen an Kraft zunehmende Organisation, so können wir dieser Auffassung allerdings nur bedingt Recht geben. Unsere Freunde im Lande sind nach wie vor allzu geneigt, die Kraft und die Wirksamkeit von Organisationen zu überschätzen, für die ja schließlich doch entscheidend ist, welche Ziele sich die Führung wählt, und mit welchen Mitteln und Wegen diese die politische Bewegung ihrer Gruppe dirigiert. Begrüßenswert aber erscheint uns die Tatsache, daß hier die Kräfte des Gegners richtig eingeschätzt werden. Wir mußten im Kriege erleben, daß die verantwortliche politische Führung in der Beurteilung der gegnerischen Kräfte versagte. Nun war es im Kriege gewiß nicht angängig, Auseinandersetzungen hierüber öffentlich zu führen. Diese Schwierigkeit ist durch die Kriegslage gegeben. Aber wie liegen gegenwärtig die Dinge? Zugegeben, daß sich heute die sogenannten bürgerlichen Kreise unsern kritischen Urteilen den parlamentarischen Mißständen gegenüber nicht mehr verschließen; zugegeben, daß auch in der Wirtschaft deutliche Anzeichen politischer Erkenntnis zu bemerken sind, daß die Dinge nicht weiter treiben dürfen, wenn nicht alles gefährdet werden soll! Zugegeben ist auch, daß der bolschewistische Charakter des Volksentscheids nur von denen verkannt worden ist, die sich von ihren eigenen persönlichen Wünschen und Ressentiments zu dem Wahlgang verführen ließen. Aber alles geschieht im Zeichen der geltenden Verfassung und des geltenden Rechtes. Und hier, bei dieser Feststellung und den Folgerungen, die sich aus ihr zwingend ergeben, steht es bei so Vielen aus, mit deren politischer Grundeinstellung wir uns sonst in Einklang befinden.

Dabei geben maßgebende Persönlichkeiten dieses Systems zu, daß man die Freiheit der sachlichen Entscheidung längst verloren habe, daß man sich in einem Zwang der Entwicklung befinde, der keineswegs nur durch die unglückliche außenpolitische Lage bedingt ist. Als wir noch in vollem Fluß der revolutionären Entwicklung standen, als der nachstehende Gegner noch glaubte, mit brutaler Gewalt, anstatt mit diplomatischer Kunst, die Früchte des Sieges pflücken zu dürfen, konnte und mußte ihm der Widerstand der Katastrophe entgegengestellt werden. Aus jener Zeit stammt der Ausdrucks „Katastrophenpolitiker“, zur Kennzeichnung derjenigen Männer, die den Mut zur Beurteilung der Lage besaßen und sich über die wahren Absichten des Gegners nichts vorkäuschten. Die wirtschaftliche Katastrophe hat sich inzwischen auch an den Gegnern ausgewirkt. Dem amerikanischen Gläubiger Europas ist es zwar gelungen, eine gewisse äußere Ordnung sicherzustellen. Keineswegs ist es aber gelungen, eine Bewegung aufzuhalten, die nach wie vor als lebensgefährdender und zerstörender Vorgang anzusehen ist, wenn auch die Mittel, die dagegen angewendet werden müssen, andere sind als gegen den mit offener Brutalität vorgehenden äußeren Bedränger.

Gegen eine revolutionäre Bewegung, gegen eine Unruhe der Massen, wie wir sie heute nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt festzustellen haben, helfen nicht mehr die kleinen Mittel. Als es um den Volksentscheid ging, stellte sich schließend eine große Bewegung vor das Eigentum der Fürsten, als Wall gegen diesen revolutionären Vorstoß gegen das Eigentumsrecht. Wir erfahren aber heute, keineswegs zu unserer Überraschung, daß diese Verteidigung zu keinem entsprechenden Erfolg geführt hat. Und immer wieder warnen wir davor, an der Grundtatsache vorüberzugehen, daß dieses Recht, wie es heute bei uns in Deutschland durch Massenabstimmungen geregelt wird, heute so, morgen anders, einen Rechtszustand überhaupt nicht mehr darstellt, und daß diese Verfassung, die Hüterin dieses Zustandes ist, nicht davor schützt, daß eine neue Welle sich in Bewegung setzt und weitere Strecken des Ufers mitflutet. Die elementaren Ereignisse in der

Aus dem Inhalt:

- Auf zu neuen Krisen
- Konjunktur und Politik
- Von Dr. Walther Schotte
- Balkanprobleme
- Von Dr. Wilhelm Schaffar
- Amerikanische Musik
- Von Dr. Helmut von den Steinen
- Wo steht die deutsche Studentenschaft?
- Von Walther Schulz
- Kritik der Presse

Natur stehen in merkwürdigem Einklang zu den revolutionären Vorgängen, die sich im gleichen Raume vollziehen.

Hilfslosigkeit Naturereignissen gegenüber mag entschuldbar sein. Hilfslosigkeit einer innerpolitischen Entwicklung gegenüber, über deren Charakter man sich nach den letzten acht Jahren keinem Zweifel mehr hingeben kann, bedeutet eine Schande, der gegenüber die Fehler des sogenannten alten Systems gering wiegen. Wenigstens sollte doch der eine Vorteil gewonnen sein aus dem allgemeinen Recht auf freie Meinung und öffentliche politische Kritik, daß sich keine Regierung damit entschuldigen kann, sie sei ungewarnt in ein Unglück hineingeraten. Wir wissen, daß die republikanische Verfassung viel kostspieliger ist als das frühere System. Wir wissen auch, daß öffentliche Korruption und Bestechungsweisen zu dem eisernen Bestandteil jeder Republik gehören. Wir wissen, daß es keinen festen Rechtszustand gibt, wenn Parteien durch Abstimmungen geltendes Recht verändern und sich zum Werkzeug der sie beherrschenden Interessengruppen hergeben. Wir wissen auch, daß es keine feste Linie mehr gibt, wenn sich unzählige Parteihäupter um die Macht im Staate rauen. Alles dies ist bekannt und wird mehr und mehr Allgemeingut der politischen Erkenntnis. Man tröstete sich vielleicht damit, daß sich eine Art öffentlichen Gewissens herausbilden würde, vielleicht sogar eine Art von nationalem Gewissen, das im Zustand der Demokratie den Regierungen eine Warnung sein konnte. Die negative Erfahrung, die man jetzt auch mit dieser Illusion machte, gehört zu den Überraschungserfolgen des neuen Systems. Tatsache ist, daß keine Stimme der Warnung zu den Ohren derjenigen gelangt, die inmitten des parlamentarischen Trubels nur bestrebt sind, ihre Position zu behaupten. Völliger Mangel an besinnlicher Ruhe und nachdenklicher Überlegung zeichnet die Vorläufer dieses Systems aus. Jede neue Situation bietet eine neue Überraschung, am meisten für diejenigen, die es angeht, die selbst in der Kampffront stehen.

Wenn im Feld draußen eine Schlacht in Gang kam, die Vorbereitungen der Artillerie zu Ende gingen und die Linien vor dem Befehl zum Angriff standen, dann war für die Kampfleitung die Stunde gekommen, in der ihr Nachdenken bereits der nächsten Phase zu gelten hatte, der Zeit, wo der Sieg gewonnen oder etwa der Angriff zurückgeworfen worden war. Etwas Ähnliches wie die Organisation des Generalstabs gibt es leider im politischen Leben nicht. Vielleicht, daß die parlamentarische Epoche bei uns noch zu kurz ist, vielleicht, daß das System selbst derartiges ausschließt. Die Frage, ob die jetzt vorläufig eingetretene Lösung einen Erfolg oder einen Mißerfolg für die Rechte brachte, wollen wir zurückstellen. Die gegenwärtige politische Lage brachte jedenfalls eine Arbeitspause, die sich am deutlichsten wohl darin ausdrücken wird, daß der Reichstag auf Urlaub geht. Ob man diese Zeit an der See oder in den Bergen zubringen wird, oder ob man sich anderswo für den neuen Kampf vorbereitet — die Hauptsache ist, daß man endlich einmal überhaupt darüber nachdenkt, wo wir stehen und wie die neue Kampflage aussehen wird.

Konjunktur und Politik.

Von Walther Schotte.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, die eine Prognose der Entwicklung erlauben und wirtschaftspolitische Maßnahmen finden lassen soll, ist heute wissenschaftlich gesichert durch das Institut für Konjunkturforschung und politisch durch die Enquetekommission, in der führende Wirtschaftler in Zusammenarbeit mit maßgeblichen Wirtschaftspolitikern die Lage in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen untersuchen. Man kann gespannt sein, ob die Sicherungen genügen, um zuverlässigere Vorherlagen entstehen zu lassen, als sie bisher gang und gebe waren, was sich auch für die Tagespolitik bitter gerächt hat. Zur Zeit stehen sich immer noch zwei Ansichten schroff gegenüber. Die eine behauptet, daß der Tiefpunkt unseres wirtschaftlichen Niederganges hinter uns liege und die Krise im Grunde überwunden sei; die andere befürchtet Fortgang der Krise und verweist sich dazu, katastrophale Ausfaltungen im Organismus unserer Wirtschaft zu prophezeien. Die erste Behauptung scheint widerlegt durch das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die zweite hat sich bisher immer wieder vergriffen in der Angabe von Zeitpunkten und Tempi, was den Verfall und die endlichen Zusammenbrüche betrifft.

Im Grunde steckt in unserer Wirtschaft ein unverwundlicher, aber politisch sehr verhängnisvoller Optimismus, von dem man sich nur sehr selten trennt und zwar nur in Zeiten besonderer Zuspitzung der Krise, wie sie das Auf und Ab der Jahreszeiten und der unberechenbare Zufall politischer Ereignisse immer wieder mitbringen, ohne daß bisher irgend eine dieser Zuspitzungen der Lage den Kollaps wirklich ausgelöst und die graue Wirklichkeit wirtschaftlicher Auflösung politisch effektiv gemacht hätte. Immer wieder glänzten sich die Sturmwoogen des Verzweiflungstempes unserer Wirtschaft, und der gewohnte Optimismus triumphtierte mit der Wiederkehr einer noch so kurzfristigen und für den Gesamtverlauf im Grunde bedeutungslosen Konjunktur. Besonders gerast erwies sich die Blindheit menschlichen Zukunftsglaubens gegenüber der Inflation, gegen die unbegründeter Optimismus zur rechten Zeit die rechten Mittel anzuwenden, uns verwehrt, bis der Zusammenbruch schließlich nicht mehr zu vermeiden war. Mehrfach scheint uns das Problem der wirtschaftlichen Auflösung zu liegen, der Deutschland ebenso gegenüber steht, wie die meisten der großen Weltwirtschaften. Wiederum weigert sich der Optimismus unserer Wirtschaftler, die nackte Wahrheit zu erkennen und die Zwangsläufigkeit von Entwicklungen zuzugeben, die politisch nicht angehalten werden. Und man bekräftigt sich seiner Rechtfertigung eben darauf, daß alle Vorherlagen über Zeichen und Zeiten des Zusammenbruchs sich bisher als falsch erwiesen haben. Weder sei, wie man um die Jahreswende verkündete, die Staatsfinanzwirtschaft zusammengebrochen, noch habe sich der Weltmarkt endgültig verschlossen, so daß wir in Arbeitslosigkeit erstickten. Vielmehr hätten sich die Steuern im ganzen als tragbar erwiesen; nach der Verminderung, die man auf Drängen der Wirtschaft im Frühjahr am Steuersoll vorgenommen hat, hätten die Kassen des Reiches immer noch einen monatlichen Ueberschuß, der sich allerdings langsam senke, aber doch nur in einem Tempo, das zu Befürchtungen noch keinen Anlaß gebe. Die Entwicklung unserer Handelsbilanz, die im Frühjahr so sehr geschreckt habe mit der Anämie anzeigenden Verringerung der Einfuhr, habe sich seit April dieses Jahres zum Besseren gewandt; während die Ausfuhr sich auf der Höhe halte, oder gar noch wachse, zeige die Einfuhr einen erfreulichen Aufschwung, der keineswegs nur durch verstärkten Bedarf von Lebensmitteln erklärt werden dürfe, sondern vor allem auch durch die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, mit deren Verarbeitung sich die Beschäftigung unserer Industrie belege in der Hoffnung auf wachsenden Export. Allerdings sei die Lage im ganzen noch schwierig, wie die besauerliche Tatsache beweise, daß die Arbeitslosigkeit durch die Dehnung des Marktes im Sommer nicht so vermindert worden sei, wie in normalen Wirtschaftsjahren und jetzt sogar wieder langsam steige. Aber man lehnt doch die Prophezeiung, daß die Jahreswende über 5 Millionen Arbeitslose bringen und der Winterausgang bis zu 5 Millionen auf der Straße halten werde, als politische Wichtigkeit ebenso ab wie die Wiederholung der Warnungen vor einem Staatsbankrott. Man ist überzeugt, daß Staat und Wirtschaft über den Winter wegkommen

Bestellungen

auf das „Gewissen“ bitten wir bei der eigenen Post anfallt aufzugeben. Der monatliche Bezugspreis beträgt für diesen Fall eine Mark. Vom Verlage werden nur Bestellungen auf Streifenbandbezug entgegengenommen. Der monatliche Bezugspreis bei Streifenbandbezug beträgt M. 1,25.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W 30, Mohltz, 22.

Landes- u. Stadt-
Bibliothek
Düsseldorf